

Frau
Präsidentin des Bundesrates
Sonja Ledl-Rossmann
Parlament
1017 Wien

BMB-10.001/0001-Präs.3/2017

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3207/J-BR/2017 betreffend Investitionen in das Bundesschulzentrum Deutschlandsberg, die die Bundesräte Peter Samt, Kolleginnen und Kollegen am 14. Februar 2017 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 17:

- *Sind weitere Investitionen für das Bundesschulzentrum Deutschlandsberg geplant (Sanierung der Fenster, der Außendämmung etc.)?*
- *Wenn nein, warum nicht, wenn Schüler aufgrund der sanierungsbedürftigen Fenster und Außendämmung gezwungen sind, mit dem Anorak in den Klassen zu sitzen?*
- *Wenn ja, in welcher Höhe?*
- *Wenn ja, für wann sind die Umbauarbeiten anberaumt?*
- *Sieht eine neue Investitionsplanung eine Vergrößerung aller im Bundesschulzentrum vorhandenen Schultypen vor?*
- *Wenn ja, in welchem Ausmaß?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Sieht eine neue Investitionsplanung zumindest eine Vergrößerung der HLW Deutschlandsberg vor, da die derzeitige Ausstattung für 37 Stammklassen offensichtlich nicht ausreichend ist.*
- *Wenn ja, in welchem Ausmaß?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *War mit der von der Politik im Jahr 2014 zugesagten Komplettsanierung immer nur die Sanierung der Dächer und der Turnsäle gemeint?*
- *Wenn ja, warum?*
- *Wenn nein, wann werden die übrigen Sanierungen durchgeführt?*
- *Ist es geplant, die vom BORG Deutschlandsberg geforderte Gymnasium-Unterstufe einzuführen?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja bei Frage 14, warum?*

Dazu wird grundsätzlich auf die Beantwortung der wortidenten parlamentarischen Anfrage Nr. 3200/J-BR/2016 vom 22. Dezember 2016 bezüglich Investitionen in das Bundesschulzentrum Deutschlandsberg mit Schreiben vom 17. Februar 2017 verwiesen. Ergänzend wäre präzisierend zum Stichtag der Anfragestellung hinsichtlich der damaligen Ausführungen im Rahmen des dritten Absatzes zu Fragen 14 bis 17 mitzuteilen, dass die Überlegungen und Bedarfsprüfungen einschließlich Analysen sämtlicher Auswirkungen durch den für Schulerhaltungsfragen von Bundesschulen vorderhand zuständigen Landesschulrat für Steiermark ergeben haben, dass dieser für das neue Schulentwicklungsprogramm keine AHS-Langformgründung beim Bundesministerium für Bildung beantragen wird.

Wien, 13. April 2017
Die Bundesministerin:

Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid eh.

